



Bund für  
Umwelt und  
Naturschutz  
Deutschland



Gemeinsame Pressemitteilung vom 10. August 2005

## Umweltverbände: Neue Regierung muss an Zielen der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie festhalten

Berlin: Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Deutsche Naturschutzring (DNR) und der Naturschutzbund Deutschland (NABU) haben die Parteien aufgefordert, auch künftig an den Zielen der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie festzuhalten. Darin ist unter anderem festgelegt, bis 2020 den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung auf 20 Prozent zu steigern und den Flächenverbrauch auf 30 Hektar pro Tag zu verringern.

Den heute von der Bundesregierung verabschiedeten „Wegweiser Nachhaltigkeit 2005“, der zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie beitragen soll, sehen die Verbände als positiven Zwischenschritt zur Erreichung dieser Ziele. Wichtig sei, den darin vorgezeichneten Weg eines ökologischen Strukturwandels jetzt auch tatsächlich zu gehen. Die Verbände kritisierten Ankündigungen seitens der CDU, bestimmte Vorhaben aus der Nachhaltigkeitsstrategie wie die Ausweitung des ökologischen Landbaus auf 20 Prozent aufzugeben.

Hubert Weinzierl, DNR-Präsident: „Die industrielle Agrarproduktion vernichtet durch Konzentration mehr Arbeitsplätze, als sie schafft. Dagegen entstehen in der ökologischen Lebensmittelwirtschaft 20.000 neue Arbeitsplätze jährlich, die Umsätze wachsen im Schnitt um 15 Prozent pro Jahr. Diese Entwicklung zur Agrarwende darf nicht rückgängig gemacht, sondern muss verstärkt werden.“

Der Präsident des NABU, Olaf Tschimpke, begrüßte den ersten Ansatz einer Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung als wegweisend und forderte die Parteien auf, auch in Zukunft den Schutz von Arten und deren Lebensräumen als Voraussetzung für eine nachhaltige Nutzung um ihrer selbst willen zu begreifen und in alle Politikbereiche zu integrieren. „Niemand kann sich aus parteipolitischen Interesse der Verantwortung für den Erhalt der biologischen Vielfalt entziehen.“

Die BUND-Vorsitzende Angelika Zahrt kritisierte, dass in den Wahlprogrammen der großen Parteien im Gegensatz zur langfristig orientierten Nachhaltigkeitsstrategie kaum verbindliche Aussagen zu Umweltthemen getroffen wurden: „Aussagen zur Wirtschafts- und Steuerpolitik dominieren die Parteiprogramme, Umwelt- und Naturschutz werden vernachlässigt. Der auf dem Weltumweltgipfel in Rio de Janeiro 1992 vereinbarte Prozess einer nachhaltigen Entwicklung der globalen Gemeinschaft darf auch in Deutschland nicht auf ein rein wirtschaftliches Wachstum reduziert werden. Eine solche Politik gefährdet die Lebensgrundlagen heutiger und künftiger Generationen.“

### Kontakt:

Daniel Unsöld, BUND-Referent für Nachhaltigkeit, Tel. 030-2 75 86-462, [daniel.unsoeld@bund.net](mailto:daniel.unsoeld@bund.net)  
Rüdiger Rosenthal, BUND-Pressesprecher, Tel. 030-2 75 86-425, [presse@bund.net](mailto:presse@bund.net)  
Annette Littmeier, DNR-Referentin für Nachhaltigkeit, Tel. 030-44 33-918, [annette.littmeier@dnr.de](mailto:annette.littmeier@dnr.de),  
Evelyn Faust, NABU-Referentin für Nachhaltigkeit, Tel. 030-28 49 84-11, [evelyn.faust@nabu.de](mailto:evelyn.faust@nabu.de)